Montag, 9. Juli 2007

MZkrei01

Kritik an Ausfall von Schulstunden

CDU-Abgeordnete sieht Ministerium in Pflicht

red. MAINZ-BINGEN Klarheit schaffen über Personalmangel an den Schulen – das wollte die Landtagsabgeordnete Dorothea Schäfer (CDU) mit einer Parlamentarischen Anfrage zum Unterrichtsausfall an Schulen. Jedoch sei die Antwort der rheinland-pfälzischen Bildungsministerin „ausweichend und unzureichend".

„Die Probleme an unseren Schulen durch fehlende Lehrerwochenstunden werden von der Landesregierung offensichtlich noch immer verkannt", bewertet die Abgeordnete das Ergebnis ihrer exemplarisch für die Verbandsgemeinden Nieder-Olm und Bodenheim gestellten Anfragen. „Seit Jahren ist bekannt, dass selbst in Grundschulen, in denen es nach den theoretischen Berechnungen der Landesregierung eigentlich gar keinen Unterrichtsausfall geben dürfte, die Schulen immer noch gezwungen sind, die Kinder früher nach Hause zu schicken oder in andere Klassen aufzuteilen, wenn Lehrerinnen und Lehrer zum Beispiel wegen Krankheit fehlen. Trotzdem zieht die Landesregierung keine Konsequenzen. Im Gegenteil: Sie behauptet noch immer, dass alles in bester Ordnung ist, will aber genaue Daten zur wirklichen Situation nicht kennen."

Auf die Frage, wie viele „Feuerwehrlehrer" zum Einsatz kommen, teile die Landesregierung „lapidar" mit, so Schäfer, dass beispielsweise für die Grundschulen der Verbandsgemeinde Nieder-Olm eine Kraft im Einsatz sei. „Eltern berichten, dass die Feuerwehrlehrerin immer wieder für längere Zeiten an einer Schule ‚geblockt' ist, weil dort eine Lehrkraft längerfristig ausfällt. Diese ‚eine Kraft' kann dann natürlich den anderen Schulen nicht mehr zur Verfügung stehen", bemängelt die Abgeordnete. Das zeige, dass schon die Grundversorgung an Lehrerwochenstunden, die den Schulen vom Land zugewiesen werden, zu gering ausfalle.

Dorothea Schäfer weiter: „Fakt ist, dass damit die individuelle Förderung in AGs kaum mehr stattfinden kann, weil auch die dafür zur Verfügung gestellten Lehrerwochenstunden viel zu knapp bemessen sind und statt dessen immer wieder zur Abdeckung des Pflichtunterrichts genutzt werden müssen. In Gesprächen habe ich erfahren, dass an Grundschulen sogar Eltern als Unterrichtshelfer eingesetzt worden sind. Es ist daher kaum verwunderlich, dass sich – wie jetzt im Falle Nieder-Olm – immer weniger Schulleiter/innen für unsere Grundschulen finden." In einer so problematischen Situation, wie sie sich an den Schulen darstelle, sei die Antwort der Landesregierung „ein Armutszeugnis". Sie dokumentiere: „Die Landesregierung ist von der Wirklichkeit an unseren Schulen weit entfernt. Ich fordere sie daher auf dafür zu sorgen, dass zum Schulbeginn die Unterrichtsversorgung deutlich verbessert wird."